



An die Mitglieder des Ausschusses für
Soziales, Arbeit und Gesundheit

Dortmund, den

**„Versorgungssicherheit von Cannabispatient*innen auf der kommunalen Ebene“
Antrag der Fraktion Die Linke und Piraten im Ausschuss für Soziales, Arbeit und
Gesundheit zur Sitzung am 17.09.2019 und Prüfauftrag aus der benannten Sitzung, (DS-
Nr.: 15324-19)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum oben genannten Antrag und dem daraus resultierenden Prüfauftrag des Ausschusses wird
wie folgt Stellung genommen:

Medizinisches Cannabis wird vorrangig in den Darreichungsformen „Kapsel“ und „Tropfen“
vertrieben. Therapeutisch stellt dies wegen der exakten Dosierbarkeit regelmäßig die erste
Wahl dar. Cannabisblüten zum Zwecke der Inhalation werden dann verschrieben, wenn
„Kapseln“ oder „Tropfen“ nicht anwendbar sind, z. B. bei Schluckbeschwerden der
Patienten*innen.

Ein Versorgungsmangel besteht in Dortmund nicht.

Formal müsste ein Versorgungsmangel aufgrund arzneimittelrechtlicher Regelungen durch
das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) bekannt gegeben werden. Eine entsprechende
Bekanntgabe durch das BMG ist für medizinisches Cannabis nicht erfolgt.

Unabhängig davon hat der Amtsapotheker des Gesundheitsamtes im Rahmen seiner
Überwachungsaufgaben festgestellt, dass medizinisches Cannabis in den Dortmunder
Apotheken in allen Darreichungsformen vorrätig ist.

Zur Vollständigkeit darf ich Sie noch darüber informieren, dass auch ein in Dortmund
ansässiges Pharmaunternehmen medizinisches Cannabis produziert. Die Produkte werden ab
April 2020 in den Handel kommen.

Das im Antrag der Fraktion Die Linke und Piraten beschriebene Modell setzt Genehmigungen
nach dem Arzneimittelgesetz und dem Betäubungsmittelgesetz voraus. Aufgrund der

beschriebenen gegenwärtigen Situation wären entsprechende Anträge des Gesundheitsamtes Dortmund nicht genehmigungsfähig.

Insofern kommt das Gesundheitsamt in Bezug auf den ergänzenden Prüfauftrag aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit am 17.09.2019 zu dem Ergebnis, dass die Implementierung eines Runden Tisches zum Thema „Versorgungssicherheit von Cannabispatienten*innen auf der kommunalen Ebene“ nicht vorgeschlagen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Birgit Zoerner
Stadträtin